

Große Zahl an Insolvenzen sorgt für Betreuungsprobleme / Träger schlagen Alarm

**Düsseldorf.** Angesichts der Insolvenzwelle bei den Pflegeeinrichtungen in NRW haben Branchenvertreter die Politik dazu aufgerufen, die Situation für die Pflegeheime und ambulanten Pflegedienste zu verbessern. Bei einer Anhörung im Landtag sagte Bernhard Rappenhöner, NRW-Landesvorsitzender des Bundesverbands privater Anbieter, im Zeitraum Juli 2022 bis September 2023 seien 2145 vollstationäre Pflegeplätze in NRW weggefallen. Er warnte vor den Folgen: „Wenn das System kollabiert, haben wir ein Riesenproblem für unsere Produktivität. Wir haben eine Vielzahl von Einrichtungen in allen Versorgungsbereichen, sowohl stationär als auch teilstationär wie auch in der ambulanten Pflege, die wirklich mit dem Rücken zur Wand stehen“, sagte Rappenhöner. Im Bereich der Kurzzeitpflege gebe es deutlich zu wenig Plätze, warnte er: „Menschen reisen zwischen 80 und 100 Kilometern, um Kurzzeitpflege zu bekommen.“

Sandra Postel, Vorsitzende der Pflegekammer NRW, verlangte an Pflegeschulen eine deutlich stärkere Unterstützung für die Schüler – etwa durch Sozialarbeiter: „Jetzt kommen die jungen Azubis in die Ausbildung, die echte Corona-Verlierer sind.“ Das erfordere deutlich mehr Unterstützungsmaßnahmen.

Ulrich Christofczik, Sprecher der Geschäftsführung Evangelische Dienste Duisburg, sagte, zwar sei die Nachfrage nach Kursen enorm hoch, aber: „Das große Problem sind die Abbrecherquoten.“

„Wir sind in einer tiefen, tiefen Krise“, warnte Christofczik. Die stille Rationierung werde dabei noch gar nicht thematisiert. Einrichtungen würden Menschen im Pflegegrad fünf aufnehmen, obwohl das vorhandene Personal gar nicht die fachliche Qualifikation für deren Betreuung besitze. Die fehlenden Kräfte würden mithilfe von teuren Personaldienstleistern – also Zeitarbeitern – aufgefangen. Er verlangte, die öffentliche Hand müsse sich selbstkritisch fragen, wie sie mit den Trägern umgehe. Die Prüfung der Anträge auf Erstattung von Kosten sei komplex. Die Einrichtungen würden oft in erheblichem Umfang in Vorleistung treten – was zu Ausständen von bis zu einer Million Euro führen könne: „Wir zahlen Strom und Gehälter pünktlich, aber da könnte ein Schutzschirm helfen.“ Christofczik regte zudem an, dass man auch über Abschlagszahlungen nachdenken müsse, die dann später spitz abgerechnet würden.

Er schilderte eine dramatische Lage. Man habe 1500 Plätze – 80 Prozent der Pflegebedürftigen seien aber auf finanzielle Hilfe für die Pflege angewiesen. Christofczik forderte eine Pflegevollversicherung. Alle Experten eint die Einschätzung, dass in der Pflege die Bürokratie deutlich abgebaut werden müsse, damit die Menschen wieder das tun könnten, wofür sie ausgebildet worden seien.